

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - verantw. Redakteur I. V.: Zdenko Neuwirth, Prag

## Aus dem Inhalt:

Der englisch-italienische Vertrag  
Französisch-deutsches Nichtangriffsübereinkommen  
Unterhaus-Kritik an Chamberlain  
1000 Tschechoslowaken nach Mexiko  
Ab Samstag Zivil-Fahrplan

18. Jahrgang

Donnerstag, 3. November 1938

Nr. 259

Die neue tschechoslowakisch-ungarische Grenze

## Kaschau, Užhorod, Munkač an Ungarn - Preßburg bleibt

Räumung zwischen 5. und 10. November

Wien, 2. November. (Tsch. P. B.) Die neue Staatsgrenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei, die durch den heutigen Schiedsspruch festgelegt wurde, hat, wie das Deutsche Nachrichtenbüro erfährt, folgenden allgemeinen Verlauf:

Von der alten Staatsgrenze südlich Preßburg ausgehend verläuft die neue Grenzzone nördlich der Bahnlinie Preßburg-Neuhäusel, biegt nordwestlich Neuhäusel nach Nordosten um und geht nördlich von Vrable bis unmittelbar an die Eisenbahnlinie Levenz-Altsohl heran. Die Städte Neuhäusel und Levenz (Levice) fallen an Ungarn. Westlich Levenz zieht sich die Grenze quer durch das Eipek-Gebiet, etwa 30 Kilometer nördlich der bisherigen Staatsgrenze. Ihr weiterer Verlauf ist unmittelbar nördlich der Städte Lučeneč und Groň. Steffelšdorf, die gleichfalls wieder ungarisch werden. Hierauf wendet sich die Grenze nach Nordosten, schließt die Stadt Zolšwa ein und reicht in der Nähe von Rosenau bis unmittelbar an die deutschen Siedlungsgebiete der Unterzips heran. Sie biegt sodann nach Norden um, schließt Kaschau (Košice) in das ungarische Staatsgebiet ein und geht in südöstlicher Richtung weiter bis etwa 30 Kilometer des Eisen-

bahnknotenpunktes Satoralsauhelb, an der alten ungarischen Grenze. Hierauf verläuft sie in genau östlicher Richtung, bis an einen Punkt unmittelbar nördlich von Unčvar (Užhorod), das Ungarn zugesprochen ist. Sodann wendet sich die Grenze scharf nach Südosten. In ihrem weiteren Verlauf geht sie hart nördlich an Munkač (Munkács) vorbei. Weiterhin in südöstlicher Richtung verlaufend, erreicht die neue Grenzlinie nordöstlich der rumänischen Grenzeisenbahnstation Halmei die alte Staatsgrenze. Von den umstrittenen Städten verbleiben also die Hauptstadt der Slowakei Preßburg selbst, ferner die alte Bischofsstadt Neutra sowie in Karpathorussland die Stadt Sevljusch mit den umliegenden Gemeinden innerhalb der Tschechoslowakei, Ungarn wurden die Städte Neuhäusel, Levenz, Lučeneč, Kaschau, Angwar und Munkač zugesprochen. Die neue Regelung bringt das gesamte geschlossene ungarische Siedlungsgebiet wiederum an Ungarn zurück. Dort, wo die Verhältnisse eine genaue volkmäßige Grenzziehung nicht zuließen, hat eine sorgfältige Abwägung der beiderseitigen Interessen stattgefunden.

## Der Verlauf der Arbitrage-Konferenz

Wien, 2. November. (Tsch. P. B.) Vormittags nach der Eröffnung der Arbitrage-Konferenz trafen die beiden Arbitrere, Reichsaußenminister von Ribbentrop und der italienische Außenminister Graf Ciano, gemeinsam mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Chvalkoviš und dem Außenminister von Ranna zu einer Beratung zusammen. Nachmittags kam es zu einer Unterredung des Vorsitzenden der slowakischen Regierung Dr. Tiso und des Vorsitzenden der tschechoslowakischen Regierung Mrgr. Wolosin mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem italienischen Außenminister Grafen Ciano.

Zu Beginn der Sitzung erklärte von Ribbentrop, es sei Aufgabe der Schiedsrichter, auf ethnographischer Grundlage die endgültige Grenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei und eine Lösung der damit zusammenhängenden Fragen zu finden. Der Schiedsspruch sei bindend und von beiden Parteien im voraus als endgültig und Regelung anerkannt. Die Vertreter der ungarischen und der tschechoslowakischen Regierung seien jedoch gebeten, ihre Einstellung nochmals kurz zusammenzufassen und zu begründen, damit vor dem zu fallenden Schiedsspruch nochmals alle Argumente sorgfältig abgevoogen werden könnten. — Graf Ciano erklärte unter anderem: Die Achse Berlin-Rom habe sich, als sie das Schiedsrichterteam übernahm, das Ziel gesetzt, den vielen bereits geleisteten Bemühungen um den Frieden und den Wiederaufbau Europas einen weiteren wichtigen Beitrag folgen zu lassen. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß aus der Zusammenkunft in Wien eine neue Ordnung und eine neue Aera in Mitteleuropa hervorgehen würde.

Dr. Tiso und Mrgr. Wolosin legten sodann die Standpunkte ihrer Regierungen den beiden Arbitreren dar und führten alle Argumente für die Wahrung der Interessen ihrer Länder bei der Lösung der Frage ins Treffen. Um 16 Uhr 45 Minuten wurde die Schlußberatung der beiden Arbitrere, von Ribbentrop und Graf Ciano, eröffnet, die vor 18 Uhr beendet war.

Genau um 7 Uhr abends erschien die tschechoslowakische Delegation im Palais Belvedere. Kurz darauf wurde Außenminister Dr. Chvalkoviš und der Vorsitzende der slowakischen Regierung Dr. Tiso zu den Arbitreren, dem Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem italienischen Außenminister Graf Ciano, eingeladen, welche sie über das Ergebnis der Arbitrage informierten und ihnen das Protokoll einhändigten, welchem auch eine Landkarte beigelegt war, in welche die Grenzlinie nach der Entscheidung der Arbitrere eingezeichnet ist. Die Arbitrere fällten folgenden

### Schiedsspruch:

Auf Grund des von der königlich ungarischen und der tschechoslowakischen Regierung an die deutsche und an die königlich italienische Regie-

rung gerichteten Ersuchens, die zwischen ihnen schwebenden Fragen der an Ungarn abzutretenden Grenzgebiete durch einen Schiedsspruch zu regeln, sowie auf Grund der daraufhin zwischen den beteiligten Regierungen gewechselten Noten vom 30. Oktober 1938 sind der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Herr Joachim von Ribbentrop und der Minister des Auswärtigen Seiner Majestät des Königs von Italien und Kaiser von Äthiopien Graf Galeazzo Ciano heute in Wien zusammengelassen und haben im Namen ihrer Regierungen nach nochmaliger Aussprache mit dem königlich ungarischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten Herrn Koloman von Ranna und dem tschechoslowakischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Herrn Dr. Frank. Chvalkoviš folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die von der Tschechoslowakei an Ungarn abzutretenden Gebiete sind in der anliegenden Landkarte bezeichnet. Die Feststellung der Grenze an Ort und Stelle bleibt einem ungarisch-tschechoslowakischen Ausschuss überlassen.

2. Die Räumung der abzutretenden Gebiete der Tschechoslowakei und ihre Besetzung durch Ungarn beginnt am 5. November 1938 und ist bis zum 10. November 1938 durchzuführen. Die einzelnen Etappen der Räumung und Besetzung sowie deren sonstige Modalitäten sind unverzüglich durch einen ungarisch-tschechoslowakischen Ausschuss festzusetzen.

3. Die tschechoslowakische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß das abzutretende Gebiet bei der Räumung in ordnungsmäßigem Zustande belassen wird.

4. Die sich aus der Gebietsabtretung ergebenden Einzelfragen, insbesondere die Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen sind von einem ungarisch-tschechoslowakischen Ausschuss zu regeln.

5. Ebenso sind von einem ungarisch-tschechoslowakischen Ausschuss nähere Bestimmungen zum Schutze der im Gebiete der Tschechoslowakei verbleibenden Personen magyarischer Volkszugehörigkeit und der in den abgetretenen Gebieten befindlichen Personen nichtmagyarischer Volkszugehörigkeit zu vereinbaren. Dieser Ausschuss wird insbesondere dafür Sorge tragen, daß die magyarische Volksgruppe in Preßburg die gleiche Stellung wie die anderen dortigen Volksgruppen erhält.

6. Soweit sich aus der Abtretung der Gebiete an Ungarn Nachteile und Schwierigkeiten wirtschaftlicher oder verkehrstechnischer Art für das der Tschechoslowakei verbleibende Gebiet ergeben, wird die königlich ungarische Regierung ihr Möglichstes tun, um solche Nachteile und Schwierigkeiten im Einvernehmen mit der tschechoslowakischen Regierung zu beseitigen.

7. Falls sich bei der Durchführung dieses Schiedsspruches Schwierigkeiten oder Zweifel er-

geben, werden die königlich ungarische und die tschechoslowakische Regierung sich darüber unmittelbar verständigen. Sollten sie sich dabei über eine Frage nicht einigen können, so werden sie diese Frage der deutschen und der königlich italienischen Regierung zur endgültigen Entscheidung unterbreiten.

### Selbstlob Deutschlands und Italiens

Wien. (Tsch. P. B.) Reichsaußenminister von Ribbentrop und der italienische Außenminister Graf Ciano haben im Besondere vor den Vertretern der reichsdeutschen und der ausländischen Presse folgende gemeinsame Erklärung abgegeben:

Die Achse Rom-Berlin hat sich heute in einem internationalen Streitfall von großer Bedeutung, außerordentlicher Kompliziertheit als erfolgreicher Schiedsrichter betätigt. Sie hat damit erneut den Beweis geliefert, daß sie in der europäischen Politik ein Faktor des Friedens und der Ordnung ist. In diesem südeuropäischen Raum war durch das Unrecht der Verträge ein dauernder Unruheherd entstanden. Diesem Zustand ist durch den nach eingehender Anhörung beider Parteien und Beratung zwischen den beiden Außenministern Deutschlands und Italiens gefällten unparteiischen Schiedsspruch nunmehr ein Ende bereitet worden. Der Schiedsspruch ist aus dem Geiste beiderseitiger Freundschaft zwischen Deutschland und Italien und dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Frieden Europas entstanden. Wir hoffen, daß sich nunmehr die Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei im Geiste friedlicher und guter nachbarlicher Zusammenarbeit neu gestalten werden, was um so eher möglich sein wird, als die neue Epoche in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf dem Grundsatze voller Gerechtigkeit aufbauen wird.

### Gegen Uebergriffe in der Slowakei

Bratislava. (Amtsch.) Der slowakische Regierung gehen Beschwerden darüber zu, daß in das wirtschaftliche Unternehmertum Leute eigenmächtig eingreifen, die keine Legitimation hierzu seitens der Regierung besitzen. Derartige Uebergriffe werden im Interesse eines ruhigen Ganges der privaten und öffentlichen Unternehmungen beseitigt werden.

### Steuerreform

Im slowakischen Wirtschaftsministerium wird eine Kommission errichtet werden, die die Steuerreform in der Slowakei vorbereiten soll. Mitglieder dieser Kommission werden Sachleute aus Beamtenkreisen und Kreisen des praktischen Lebens sein. Die Kommission wird eine praktische und elastische Vereinheitlichung des ganzen Steuerystems ausarbeiten.

### Tschechische Krone fest

Paris, 2. November. Die tschechoslowakische Krone hat sich auch heute, ebenso wie vor einer Woche, ihre unveränderte Quote, d. i. das Verhältnis 129,50 für 100 KC bei unverändertem Verhältnis des Franc zum Pfund Sterling erhalten.

Diese feste Situation der tschechoslowakischen Krone ist der Aufmerksamkeit der Pariser Finanzkreise nicht entgangen und das große Finanzorgan „Information Financière“ schreibt: „Die Lage der tschechoslowakischen Nationalbank verzeichnet ein neues Nachlassen der Spannung, die Goldvorräte zeigen einen leichten Fortschritt in der pflichtmäßigen Anmeldung der Goldvorräte und der fremden Werte. In der Herbstkrise des Jahres 1938 hat die Tschechoslowakei einen Teil ihres Gebietes verloren. Die tschechoslowakische Krone geht jedoch aus dieser Krise unverändert hervor.“

### Neuorganisation des Prager Flüchtlingsdienstes

Der Deutsche Flüchtlingsdienst hat seine Amtsräume nach Prag I, Perštín 9, Gewerkschaftshaus, verlegt. Hier findet die Ausweisung für die zur Zeit in Prag weilenden Flüchtlinge statt. Spenden von Geld, Lebensmitteln, Kleidern etc. bitten wir von nun an von den angeführten Adressen zuzuführen. Alle diese Spenden sind dringend notwendig. Auch billige Quartiere sind dort zu melden. Gerade jetzt beim Herinbrechen der kalten Jahreszeit sind alle Spenden doppelt notwendig und ist jede Unterstützung der Flüchtlingsarbeit doppelt angebracht.

### Chamberlain nochmals zu Hitler?

London, 2. November. Wie in britischen Parlamentskreisen verlautet, hat der britische Ministerpräsident Chamberlain die Absicht, nochmals mit Hitler zusammenzutreffen. Die vorangehenden Vorbereitungen für diese Zusammenkunft soll Sir Neville Henderson durchzuführen, der bald nach Berlin zurückkehren wird. Auf die Zusammenkunft Chamberlains mit Hitler soll eine Konferenz der vier Großmächte folgen. Chamberlain wisse, daß ein Pakt, der den Frieden Europas sichern könnte, nicht mit einem Schlage erreicht werden könne und wolle daher sukzessive über die Verwirklichung folgender Punkte verhandeln: 1. Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriegsfall. 2. Verbot der Bombardierung der Zivilbevölkerung und 3. Beschränkung der Größe der Bombenflüge. Wenn in diesen Punkten die Mitarbeit Hitlers gesichert sein wird, beabsichtigt Chamberlain mit weiteren Punkten fortzufahren, die vorläufig nicht näher bezeichnet werden.

# Unterhaus-Kritik an Chamberlain

## Angriffe auf die Regierung aus allen Parteilagern

Frage. Im englischen Unterhaus fand, wie wir bereits gestern teilweise berichten konnten, am Dienstag nachmittags eine große politische Debatte statt. Den Anlaß dazu gab der Führer der Labour Party, Mr. A. J. Cook, der die Politik der Regierung in scharfer Weise angriff. Er sagte ausdringlich, daß die Münchner Vereinbarungen eine Niederlage gewesen seien, die die Briten nicht hinnehmen wollten. Er forderte die Regierung auf, die britischen Vertreter in der Berliner Internationalen Kommission überhaupt gehen lassen zu lassen.

### Die Optionsfrage

Ministerpräsident Chamberlain antwortete ausführlich auf den Vorstoß Atlees. Chamberlain scheint dabei sehr aufgeregt gewesen zu sein, denn er sagte im Hinblick auf die Bemerkung Atlees, daß München für England und Frankreich eine Niederlage gewesen wäre, es sei zu bedauern, daß Atlee dies öffentlich gesagt habe. Nach der Meinung des Ministerpräsidenten wären „die Münchner Vereinbarungen ein gelungener Versuch zur Diskussion zwischen zwei die Autokratie und zwei die Demokratie vertretenden Großmächten gewesen“. Chamberlain ging dann auf die Frage der Grenzziehung ein, weil Atlee behauptet hatte, daß die neuen tschechoslowakischen Grenzen noch schlechter seien, als sie in Godesberg verlangt wurden. Der Ministerpräsident meinte, man hätte so nahe wie möglich an die Sachlage von 1918 heran kommen müssen, und da es keine verlässlichen Ziffern für 1918 gab, mußte man auf 1910 zurückgehen. Eine Volksabstimmung wäre nicht mehr notwendig gewesen, weil die tschechoslowakische Regierung die Entscheidung der Internationalen Kommission angenommen habe. Die gegenwärtigen Grenzen seien vorläufig und können modifiziert werden. Was die Optionsfrage betreffe, sei dies eine Angelegenheit von beträchtlicher Bedeutung, da nach den Informationen der Regierung etwa 580.000 Tschechen auf deutschem und ungefähr 250.000 Deutsche auf tschechoslowakischem Gebiete seien. Die Einzelheiten der Optionsfrage seien noch nicht festgestellt.

### Die Anleihe an die Tschechoslowakei - Hilfe für die Flüchtlinge

Chamberlain besprach auch die materielle Unterstützung, die man der Tschechoslowakei gewähren wolle. Zunächst seien zehn Millionen Pfund zur Verfügung gestellt worden, die insbesondere dazu dienen sollen, den Flüchtlingen zu helfen. Die zehn Millionen Pfund seien sowohl für Ansiedlung von Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten bestimmt, als auch für jene Flüchtlinge, die auswandern möchten. 350 Flüchtlingen sei die Einreisefreiheit nach England gegeben worden und auch deren Familien dürften nachkommen, falls Mittel gefunden werden, die ihnen den Aufenthalt in England ermöglichen.

Was die Anleihe betrifft, aus der die zehn Millionen Pfund zurückgezahlt werden könnten, wird dies den Gegenstand der Beratungen des Parlaments bilden. Die englische Regierung sei auch noch nicht darüber informiert, was Frankreich in der Anleihefrage tun werde. Die Engländer haben C. B. Stophord der tschechoslowakischen Regierung gegenüber als denjenigen Mann bezeichnet, der alle Informationen erhalten wird, die über die Zahl und die Lage der Flüchtlinge erhältlich sein werden.

### Steigerung der Rüstungen

In einem anderen Teil seiner Rede beschäftigte sich Chamberlain mit den Rüstungen und teilte mit, daß die Ausgaben für die Rüstungen erhöht werden. Die Vorbereitungen Englands auf diesem Gebiet waren weit davon entfernt, einwandfrei vollkommen zu sein, doch glaubte der Ministerpräsident, daß sie im Ernstfälle besser funktionieren hätten, als manche Leute anzunehmen scheinen. Was die Rüstungen anlangt, müsse man daran erinnern, daß England erst im dritten Jahre seines auf fünf Jahre verteilten Aufrüstungsprogramms stehe. Es stehe aber jetzt schon fest, daß die Gesamtkosten der ins Auge gefassten Rüstungen höher sein werden.

Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß England keinerlei Absicht habe, Deutschland oder irgendeinen anderen Staat anzugreifen. „Wir wollen nur dieses Land und die Reichsverbindungen sichern und im Vergleich mit anderen Staaten nicht so schwach sein, daß unsere Diplomatie Diskussionen auf der Grundlage der Gleichberechtigung nicht führen kann.“

### Liberalen und konservative Kritik

Nach Chamberlain ergriff der Führer der liberalen Opposition Sinclair das Wort, der die Politik der Regierung in allen internationalen Fragen scharf kritisierte und seine Ausführungen mit den Worten schloß, daß die heutige Regierung Chamberlains nicht eine Politik des Friedens betreibt, sondern eine Politik des Feilschens und des Defaitismus und für eine kommende Regierung einen schweren Entschluß zwischen Krieg und vollkommener Unterwerfung unter die Diktatoren vorbereite.

Nach dem Liberalen Sinclair sprach der Konservative Adams, der das Haus ersuchte, es

möge der Regierung nicht gestatten, die Abwägung des britischen Reiches dadurch einzuleiten, daß sie Deutschland Konzeptionen kolonialen Charakters mache. Sodann sprach der Konservative Oswald Lewis, der die Meinung ausdrückte, es werde unerlässlich sein, sich, wenn nicht mit der Retrozession der ehemaligen deutschen Kolonien, so doch wenigstens mit der Zession gewisser gleichwertiger Gebiete abzufinden. England sollte aus eigenem Entschluß irgendein Anbot an Deutschland machen. Die Debatte schloß schließlich Handelsminister Oliver Stanley, der namens der Regierung erklärte, daß er vor allem nichts über die englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen sagen könne und hierauf die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz nahm, daß sie in der chinesischen Angelegenheit ihre Verbindlichkeiten versäumt habe; er hob die Unerlässlichkeit hervor, daß England wirtschaftlich stark sei. Nach seiner Ansicht habe

Großbritannien nicht das Recht zu klagen, daß Deutschland die hauptsächlichste Wirtschaftsmacht in Europa ist. Hierauf wurde das Haus bis Mittwoch vertagt.

### Günstige Aufnahme der Chamberlain-Rede in Berlin

Berlin. (DNB.) Die Unterhausrede des Premierministers Chamberlain wird von der deutschen Presse in großer Aufmachung veröffentlicht und von einigen Blättern bereits kommentiert.

„Völkischer Beobachter“ meint, die eigentliche Bedeutung der Rede liege nicht in der Rechtfertigung der Politik, die zum Abschluß des Abkommens von München geführt hat, sondern in dem Versuch, auf der Münchener Grundlage die praktischen Voraussetzungen für eine neue europäische Zusammenarbeit zu schaffen. „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Wir empfinden starke Genugtuung über den unbestreitbar guten Willen und den Glauben an die friedliche Sache, die der englische Premierminister auch gestern feierlich bekundet hat. Wir haben uns in die innerengültigen Auseinandersetzungen nicht einzumischen. Die Abwehr von Störungen gegen die Münchner Friedensarbeit geht aber auch alle anderen beteiligten Mächte an, und sie werden das Gefährliche haben, daß Chamberlain an seiner Stelle tut, was er vermag, um den Weg ins Freie einer besseren internationalen Politik nicht verschütten zu lassen.

# Der englisch-italienische Vertrag

## Regierungsantrag auf Inkraftsetzung

London. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte Premierminister Chamberlain folgende Resolution: „Das Parlament begrüßt die Absicht der Regierung, den englisch-italienischen Vertrag in Wirksamkeit zu setzen.“

Dieses Abkommen wurde am 16. April unterzeichnet und seine Hauptbestimmungen sind folgende:

1. Italien ruft seine Freiwilligen aus Spanien unter den Bedingungen zurück, die der Nichtmischungsabstand bestimmt. Sofern die Evakuierung bei Ende des Krieges nicht vollständig sein wird, werden alle übrigen Freiwilligen und das Kriegsmaterial sofort aus Spanien weggeschafft.
2. Italien hat weder Gebiets- noch politische Ansprüche in Spanien und auch nicht in spanischen Besitzungen.
3. Großbritannien erkauft den Balforsbund, die Situation hinsichtlich der italienischen Gebietsveränderung in Abessinien zu klären.
4. Beide Nationen halten den Status quo im Mittelmeer ein und werden sich gegen-

seitig über die Verteilung ihrer Streitkräfte Informationen zukommen lassen.

5. Italien zieht den Stand seiner Truppen in Libyen auf die Hälfte herab.
6. Italien tritt dem Londoner Marineabkommen vom Jahre 1936 bei.
7. Beide Mächte enthalten sich jeder Propaganda, durch die sie sich gegenseitig schädigen.
8. Beide Mächte werden die Integrität Saudi-Arabiens und des Jemen achten und verteidigen.
9. Italien werden im Protektorat von Aден gewisse Rechte gewährt.
10. Italien und Großbritannien bestätigen wiederum die freie Benutzung des Suezkanals zu jeder Zeit und durch alle Mächte.
11. Italien wiederholt seine Versicherungen bezüglich seiner Verpflichtungen gegenüber Großbritannien hinsichtlich des Tana-Sees in Abessinien, wo der Blaue Nil entspringt.
12. Ein Uebereinkommen über die Grenzen von Britisch-Somaliland und Kenia auf der einen Seite und Italienisch-Ostafrika auf der anderen Seite wird abgeschlossen werden.

# Holland gegen fremde Kolonialwünsche

## Das Rüstungstempo wird beschleunigt

S Haag, 2. November. Die Regierung hat im Zusammenhang mit den Aussprachen über den Staatshaushalt in einer Denkschrift an die Zweite Kammer die Ziele ihrer Politik dargelegt. Darnach soll der Rüstungsstand zu Wasser und zu Lande weiter in beschleunigtem Tempo erhöht werden. Jedoch beabsichtigt die Regierung nicht, neue staatliche Rüstungsindustrien aufzubauen, sondern die Privatindustrie soll für Rüstungsaufgaben vorbereitet werden. Zu diesem Zweck sei eine Million Gulden in den Staatshaushalt aufgenommen worden. Diese Maßnahmen würden auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Hinsichtlich der Kolonialfrage wendet sich die Regierung entschieden gegen Gerüchte, den deutschen Kolonialanspruch auf Kosten des Kolonialbesitzes kleinerer Kolonialmächte zu befriedigen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Mutterlande und den überseeischen Besitzungen müsse in Zukunft enger gestaltet werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung würde vor allem Kulturlandgewinnung durch Rodenlegung im Vordergrund stehen. Zu diesem Zweck werden 75 Millionen Gulden bereitgestellt. Für Jugendliche würden außerdem Arbeitsbücher eingeführt werden. Schließlich stellt die Denkschrift sehr bedeutende Steuererhöhungen in Aussicht.

### Strafexpedition bis zum Weißbluten

Tokio. (DNB.) Die Regierung veröffentlichte gestern die mit Spannung erwartete Erklärung zum China-Konflikt im Anschluß an die Befehle Kantons und Hankau. In der Erklärung heißt es u. a.: Die chinesische Nationalregierung sei schon jetzt nur noch eine Provinzialregierung. Wenn diese jehige chinesische Regierung noch weiter auf ihrer kominternfreundlichen und antijapanischen Politik bestände, dann werde Japan solange einen Kampf gegen China fortführen, bis der Widerstand gänzlich zusammengebrochen ist. Japan wünsche zur Aufrechterhaltung des ewigen Friedens im Fernen Osten eine neue Ordnung zu schaffen. Auch das Endziel der jehigen Strafexpedition verfolge diesen Zweck. Hauptziel dieser zu schaffenden neuen Ordnung sei ein geschlossener japanisch-mandschurisch-chinesischer Block, der sich auf alle Gebiete der Politik, der Wirtschaft und Kultur auswirke.

### Japan-Protest an Rußland

Tokio. (Havas.) Die Agentur Domei erfährt aus Singking, daß die Regierungen Japans und Mandschu Kuos der Sowjetregierung einen ge-

meinsamen Protest betreffend den letzten Grenzzwischenfall gelangt haben. Dienstag früh überschritten nämlich 12 Sowjetballisten die sowjetisch-mandschurische Grenze bei Tagnora, ungefähr 10 Kilometer westlich von Mandchukui, wobei zwei japanische Soldaten verletzt wurden.

### Gemeindewahlen in England

Arbeiterpartei und Konservative gleich stark

London, 2. November. Gestern wurden Wahlen in die Gemeindevertretungen von 360 Städten Englands durchgeführt, in denen jährlich ein Drittel der Gemeinderäte eretzt wird. Keitlich früh wurden die definitiven Gewinn- und Verlustzahlen bekanntgegeben. Die Konservativen gewinnen 57 und verlieren 37; die Liberalen gewinnen 14 und verlieren 16 Mandate; die Labour Party gewinnt 62 und verliert 79; die Unabhängigen gewinnen 40 und verlieren 41 Mandate.

Einschließlich der Ergebnisse ohne Gegenkandidaten ist der definitive Stand folgender: Konservative 406; Liberale 85; Labour Party 407; Unabhängige 203, sonstige 84

# Der Bürgerkrieg in Palästina

Jerusalem. Der Generalstreik der Araber einschließlich des Verkehrsstreiks hält noch immer an. Bei Jerusalem und im Samariabezirk wurde eine Reihe arabischer Dörfer von britischem Militär durchsucht. In dem Dorfe Nazraa (Hargha) wurden fünf Araber getötet und zwei verwundet. Im Dorfe Umel Rahm bei Nablus wurde ein Führer der arabischen Freischärler erschossen und 27 Araber verhaftet. Auch im Samariabezirk sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Die Telefonleitung Nablus-Jerusalem ist erneut durchschnitten worden. Bei Herzlia explodierte eine Landmine unter einem Lastkraftwagen eines Juden. Vier Personen wurden verletzt. Das Militärlager ist wieder beschossen worden, ebenso eine Anzahl jüdischer Siedlungen. Bei dem Dorfe Nazur ist eine britische Militärpatrouille beschossen worden. In Jerusalem haben die Aufständischen ein Industrieobjekt angezündet. Seit der vergangenen Woche wurden insgesamt 500 Personen verhaftet.

### Neue Todesurteile

Jerusalem, 2. November. (Neuer.) Das britische Militärgericht in Jerusalem verurteilte heute fünf Araber zum Tode. Drei angeklagte Araber wurden freigesprochen. Alle waren wegen Waffen- und Munitionbesitz angeklagt. In Akko sind heute zwei Araber hingerichtet worden.

### Zurück ins Ghetto . . .

Berlin. (Havas.) In der letzten Zeit hat sich in Deutschland die antijüdische Kampagne wieder verstärkt. Bestimmte Kreise verlangen von der Regierung, daß alle jüdischen Ausländer aus dem Land ausgewiesen und für die deutschen Juden Ghetto eingrichtet werden. Das „Schwarze Korps“, das Organ der SS, schreibt dazu: Wenn das Weltjudentum uns den Krieg erklärt, und dies ist schon geschehen, dann müssen wir mit den bei uns befindlichen Juden so verfahren wie man mit den Angehörigen eines kriegsführenden Staates verfährt. Dabei wird es uns vollkommen gleichgültig sein, festzustellen, ob es sich hier um sogenannte Unschuldige handelt oder nicht. Vor allem müssen wir aus Deutschland diejenigen Juden ausweisen, die ausländische Pässe besitzen. In dem Organ der Nationalsozialistischen Partei wird gefordert, daß die Deutschen von den Juden nicht nur in den Häusern getrennt werden, sondern auch auf der Straße und in ganzen städtischen Vierteln. Das Blatt schreibt, es würde sich darum handeln, alle Juden in besonderen Vierteln zu sammeln, wo es auch möglich wäre, ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

### Nur politisch gefährdete Juden nach Mexiko

Mexiko, 2. November. (Havas.) Ein hoher Beamter des mexikanischen Innenministeriums erklärte, daß die mexikanischen Einwanderungsbehörden im letzten Augenblick entschieden haben, daß 21 Juden aus Deutschland, die mit dem Dampfer „Orinoco“ eingetroffen sind, das Verbleiben des Landes nicht gestattet wird, da diese Auswanderer Touristenpässe besitzen und den als Garantie von jedem nach Mexiko Einwandernden geforderten Betrag nicht erlegen konnten. Der Beamte erklärte außerdem, daß man diese Juden nicht als politische Flüchtlinge ansehen könne.

### Sechs Italienische Flieger gefangen

Barcelona, 2. November. (Neuer.) Spanische Fischer nahmen sechs italienische Flieger gefangen, als ein Franco-Flugzeug genötigt wurde, an der spanischen Küste südlich von Gerona niederzugehen.

### Australiens Lufrüstungen

Canberra. (Neuer.) Ministerpräsident Lyons gab im australischen Abgeordnetenhaus bekannt, daß die australische Regierung zur sofortigen Lieferung 50 Bombenflugzeuge des Typs Lockheed Hudson bestellt habe, das ist des gleichen Typs, wie jene 200 Flugzeuge, die Großbritannien jetzt in den Vereinigten Staaten angekauft hat. Die Regierung werde auch den Mannschaftsstand der freiwilligen Miliz verdoppeln, so daß diese künftig 70.000 Mann zählen wird.

### Drei SA-Brigaden im Sudetengebiet

Reichenberg. (Tsch. N. B.) Im Sudetengebiet ist gegenwärtig die „SA-Gruppe Sudeten“ in Bildung, die sich vorzugsweise aus den 40.000 Mann des sudetendeutschen Freikorps rekrutiert. Die Gruppe wird von dem bisherigen SdP-Abgeordneten Franz May geführt. Sie wird vorerst drei Brigaden in Reichenberg, Karlsbad und Währisch-Schönberg mit 88 Fuß-, fünf Reiter- und einer Marine-Standard umfassen. In den Fuß-Standarden sind bereits Sanitäts-, Pionier- und Nachrichtenstämme im Entstehen begriffen. Die Farbe der Aufschläge wird maustrau sein und damit an die Farbe der Uniform der böhmerischen SdP erinnern.

Was schreibt die tschechische Presse?

Erwägungen vor der Entscheidung über die Grenzen

Das Bild der tschechischen Presse vom Mittwoch ist nicht einheitlich, die innerpolitischen Fragen sind für den Tag in den Hintergrund gedrängt durch die Erwartungen, die sich an die bevorstehende Entscheidung des deutsch-italienischen Schiedsgerichtes in Wien knüpfen.

Rückzug der Westmächte aus Mitteleuropa

Gewisse Folgerungen aus der kommenden Entscheidung zieht schon der Leitartikel des „Rázdání“ in dem von der Feststellung ausgegangen wird, daß die Grenzen zwischen der Slowakei und Ungarn nicht mehr von vier Mächten bestimmt werden, wie dies in München geschah, sondern daß diesmal die Westmächte ausgeschlossen sind.

Demokratie oder Totalität?

In einer Kritik, die er an den Ausführungen der tschechischen Reichspressen in den letzten Tagen übt, führt Josef Martinek im „Právo Lidu“ u. a. aus: Die erwähnten Stimmen bestätigen die Wahrheit dessen, was wir schon geschrieben haben, daß es sich bei vielen, welche eine neue Orientierung verkünden, nicht um den Abschied von „zwanzig Jahren Irrtümern“ handelt, wie man zunächst vorsichtigerweise geglaubt hat, sondern um einen Abschied von den Grundlagen unserer nationalen Politik, auf der diese beruhte, ob sie nun von den bürgerlichen oder Arbeiterparteien durch ganze hundert Jahre getragen wurde.

Für die ältere Generation

Nachdem der „Venkov“ sich ein paar Mal mit aller Behemung für die Rechte der jüngeren Generation eingesetzt hat, plädiert er in seiner Mittwochsausgabe wieder für die älteren Politiker.

Es ist einfach unnötig, daß vom Schauspiel Leute abtreten, welche die innere und auswärtige Politik ehrlich und gerecht gemacht und sich nach nichts anderem gerichtet haben als nach dem Grundsatz, dem Staat und der Nation zu dienen und die das auch verstanden haben. Warum sollten also aus der Politik jene scheiden, welche durch eine Reihe von Jahren unsere auswärtige Politik kritisiert, welche ihre eigenen und guten Anträge vorgebracht haben, die aber als Verrat betrachtet wurden, wenn auf die Unklarheit der Verträge mit den Verbündeten oder auf die widersprechende politische Orientierung unserer ehemaligen Bundesgenossen aufmerksam gemacht wurde?

Die Tschechen in der Slowakei

In demselben Blatt beschäftigt sich Dr. Káňánek mit dem Verhältnis der Tschechen und Slowaken, insbesondere mit dem Schicksal der Tschechen in der Slowakei. Er sagt da:

In der Frage der Tschechen in der Slowakei ist es bekannt, daß es dort etwa 80.000 tschechischer Menschen gibt, und die radikalen Kreise müssen zugeben, daß gewisse Maßnahmen nicht die große Masse der notwendigen tschechischen technischen Kräfte berühren und geben zu, daß es zu Veränderungen höchstens bei irgend welchen tausend oder fünfzehnhundert kommen kann.

Nation und Inserat

Im „České Slovo“ macht ABA unter dem obigen Titel auf den nachfolgenden Uebelstand im tschechischen Pressewesen aufmerksam.

Eine eigentümliche Neugierde unseres öffentlichen Lebens sind jetzt politische Inserate. In den Sonntagzeitungen sind einige davon erschienen. Der Verleger hat ein Buch auf Lager, welches eventuell keinen Absatz findet, er gibt da einfach ein Inserat in die Zeitung, in dem er Politik macht, gegen jemanden und für jemanden agitiert, und an diese Agitation ein kaufmännisches Interesse knüpft, einige Exemplare des Buches zu verkaufen. Am merkwürdigsten war aber ein Inserat irgend einer neuen Partei, welche ihr Programm in einer Zeitung mit einer Inseratnummer abdrucken ließ und nach dem Inseratentwurf einen Aufruf bezahlte, der mit den Worten „An die Nation“ begann. Man muß sagen, daß das eine Unsitte ist, von der unser öffentliches Leben bisher verschont geblieben ist. Dabei ist der

jenige, der sich ein solches Inserat bezahlen läßt, um seinen Grad besser als derjenige, der inseriert und bezahlt. Entweder stimmen die Zeitungen mit dem Inhalt ihres eigenen programmatischen Auftrages überein, stellen sich hinter ihn und identifizieren sich mit seinen Grundsätzen — dann sind sie verpflichtet, sich zu dieser Zustimmung zu bekennen und sich nicht hinter die Administrationskassa zu verstecken. Oder ist die Zeitung überzeugt, daß es sich um eine schlechte, für das Volk ungünstige Sache handelt, und dann ist es unbillig, einer solchen Sache für Geld Publizität zu verleihen. Jede Redaktion erhält in diesen Zeiten eine Menge aller möglichen Anträge, vernünftige und unvernünftige. Wenn aber ein anerkannt unvernünftiger und schädlicher Antrag das gleiche Recht auf Veröffentlichung hätte wie ein guter und richtiger, oder wenn er gar den Vorrang nur deswegen hätte, weil der Antragsteller genug Geld hat, um ihn in Form eines Inserats zu veröffentlichen, würde dies eine schwere Diskreditierung der Zeitungen und der Journalistik bedeuten. Auf der anderen Seite ist eine Sache, welche sich an die Öffentlichkeit, um deren Vertrauen nicht auf Grund der Stärke sachlicher und überzeugender Argumente, sondern in Form eines Inserates wendet, wie jegliche andere bezahlte Reklame irgend einer kaufmännischen Ware, in den Augen der Öffentlichkeit von vornherein ver-

Französisch-deutsches Nichtangriffs-Uebereinkommen?

London, Vor Ende des Monats werden, wenn die gegenwärtigen Verhandlungen erfolgreich sind — so berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ — Frankreich und Deutschland ein gegenseitiges Nichtangriffs-Uebereinkommen vereinbaren. Dieses würde wahrscheinlich mehr die Form einer gemeinsamen Erklärung, als die eines formellen und ratifizierten Vertrages haben. Jedes Land dürfte die Verpflichtung übernehmen, das andere nicht anzugreifen und alle Meinungsverschiedenheiten, welche sich ergeben könnten, auf friedliche Weise zu lösen. Das würde bedeuten, daß die deutsche Regierung die Abtretung Elsaß-Lothringens als dauernd anerkannt und daß beide Staaten übereinstimmen, daß die Kolonialfrage als einzige übrig bleibt, welche auf friedliche Weise zu regeln ist. Der Korrespondent schließt, daß ein solches Abkommen bedeuten würde, daß Frankreich sowohl seine Allianz mit Polen als auch den Pakt mit der Sowjetunion fallen läßt, welcher es unter gewissen Umständen verpflichtet, Deutschland anzugreifen.

Die Wäster „National-Zeitung“ veröffentlichte dieser Tage einen Leitartikel über das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, wie es sich nach den Münchner Vereinbarungen gestaltet hat und in Zukunft gestalten wird. Das Blatt kommt dabei zu folgendem bemerkenswerten Schluß:

Großdeutschland ist heute, nach München, an einer deutsch-französischen Annäherung bei weitem nicht mehr so interessiert wie früher. Die „freie Hand im Osten“ kann ihm heute Daladier nicht mehr anbieten, denn es hat sie schon. Militärisch hat es von Frankreich nichts mehr zu fürchten. Die machtpolitischen Faktoren haben sich zugunsten von Deutschland verschoben. Es wird also ein Spiel zwischen zwei ungleichen Partnern sein. Wenn es gespielt wird, muß es also logischerweise so ausgehen, wie alle solche Spiele auszugehen pflegen: der Schwächere wird verlieren. Frankreich wird also nachgeben bzw. Opfer bringen müssen, wenn eine „Verständigung“ erzielt werden soll. Es ist charakteristisch für die englische

Unerreichbare Autarkie... Mussolini fordert freiwillige Beschränkungen

Rom, 2. November. Der Oberste Autarkierat hat am Dienstagabend seine Jahresstagung beendet. Mussolini hat bei dieser Gelegenheit das Programm der nächsten Autarkiepläne zusammengefaßt und u. a. erklärt: Bei der Verwirklichung der Autarkie bilden die Gebiete des Mutterlandes und des Imperiums eine untrennbare Einheit. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelbeschaffung ist noch nicht ausreichend für Fleisch und Fett gesorgt, doch werden die großen Bewässerungsanlagen und die Gebung der Olivenzucht im Mutterland sowie die Erzeugung in den Gebieten des Imperiums beide Probleme lösen.

Noch 90.000 Italiener in Spanien

London, 2. November. (Reuter.) Der Vorkämpfer der spanischen republikanischen Regierung überreichte gestern im englischen Außenministerium eine Note, in welcher auf Grund von Ziffern und beglaubigten Angaben nachgewiesen

würde, auch wenn sie noch so gut gemeint wäre. Eine solche Praxis war unser öffentliches Leben bisher nicht gewohnt. Diese Erscheinung bedeutet eine große Gefahr in einer Zeit, in der man von der Reinigung und Erneuerung des politischen Lebens in allen Konsequenzen redet. Unser Volk verdient nicht eine solche Unterschätzung seiner Fähigkeiten, die es nötig machen würde, sich an daselbe in politischen Angelegenheiten durch bezahlte Inserate mit einer Geschäftszahl zu wenden. Soweit es sich um die Presse handelt, ist es traurig, in einem solchen Auftruf davon zu reden, es sei notwendig, „unser ganzes kulturelles Leben, insbesondere Wissenschaft, Kunst, Presse, Rundfunk und Film, beispielgebend zu säubern“, und die erste Tat der Säuberer besteht darin, daß man die Presse mit Geld angeht und daß man die Sympathie der Presse mit Inseraten gewinnt.

Maßnahmen gegen den Bodenmangel

In der Pilsener „Nová Doba“ kommt Alfons Kravák auf ein Problem zu sprechen, das sicher Beachtung verdient. Er sagt:

Wir müssen mit einem eingeschränkten Lebensraum rechnen. Auch haben wir keinen Ueberfluß an Geldkapital. Von diesen beiden harten Tatsachen müssen wir bei der Betrachtung der Zukunft ausgehen. Da unser Lebensraum verhältnismäßig beschränkt ist, dürfen wir nicht zugeben, daß auch nur ein einziger Acker Boden überwiegend unproduktiv und spekulativ ausgenützt werde. Das kann auf dem Lande durch langfristige landwirtschaftliche Verpachtung staatlichen und anderen öffentlichen Gutes geschehen, in den Städten wieder durch folgerichtige Gewährung des Baurechts nach dem Gesetz Nr. 86/1912, welches dem Erwerber zeitweise daselbe Eigentumsrecht (auf achtzig Jahre) gewährt, wie es bisher nur der Eigentümer des Bodens besaß.

Neuer Finanzminister in Paris

Paris, 2. November. In der gestrigen Kabinettsitzung stießen die weitgehenden finanziellen Umstrukturierungspläne des Finanzministers Marchandeaun auf einen ziemlich heftigen Widerstand. Die Krise wurde dadurch beigelegt, daß Marchandeaun sein Posten mit dem bisherigen Finanzminister Paul Reynaud austauschte. Marchandeaun, der der Führer des rechten Flügel der Radikalen ist, war entschlossen, sich einige draconische Maßnahmen zu eigen zu machen, die im heurigen Frühjahr 1939 in Umlauf vorbereitet hatte, als er außer dem Ministerpräsidenten auch das Finanzministerium verwaltete. Der neue Finanzminister erklärte, er behalte sich eine freie Hand, um die finanzielle Situation des Staates im einzelnen prüfen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen zu können.

Aus einer kurzen prinzipiellen Erklärung geht hervor, daß Paul Reynaud die Finanzfrage keineswegs durch eine neue Devaluierung des Francs, durch Banknoten-Abstemplung, Requirierung von Gold und Werten, Kupons-Abgaben n. dgl. zu lösen gedenkt, wie dies sein Vorgänger beabsichtigte, sondern durch Indienststellung aller finanziellen Quellen im Staate zugunsten des wirtschaftlichen und industriellen Unternehmers, Erhöhung der Erzeugung, des Verkaufes und des Absatzes und damit auch durch Vergrößerung des Nationalertrommens, das neuer auf 220 Milliarden Francs gesunken ist. Paul Reynaud soll kein Anhänger einer allzu großen Steuerbelastung in Form großer direkter und indirekter Steuern sein, ebensowenig wie einer Vermögensabgabe oder einer obligatorischen Renten-Konvertierung.

Ab Samstag Zivildienstplan

Das Eisenbahnministerium teilt mit, daß am Mittwoch von Freitag, den 4., auf Samstag, den 5. November in den Direktionsbezirken Pilsen, Königgrätz, Brünn und Olmütz der Zivildienstplan in Kraft tritt. Gleichzeitig wird der Personen- und Güterverkehr auch über Česká Třebová und Lundenburg nach Bratislava und zurück sowie über Česká Třebová und Olmütz nach Mähr. Odrau und zurück aufgenommen. Nähere Informationen werden durch die Presse, den Rundfunk und durch die Rundmachungen in den Stationen veröffentlicht.

Privilegierter Eisenbahnverkehr ohne Paß-, Devisen- und Zollkontrolle

Olmütz. Infolge der Beendigung der Verhandlungen, die in Mähperk und in Königgrätz zwischen den Vertretern der zuständigen tschechoslowakischen Staatsbahndirektionen und den Vertretern der Reichsbahn stattfanden, wird ein privilegierter Verkehr zwischen den Stationen über deutsches Gebiet eingeführt. Dafür bewilligen wir Deutschland einen ähnlichen privilegierten Verkehr direkter Züge über unser Gebiet zwischen Schlesien und dem ehemaligen Czeistereich. Dieser privilegierte Verkehr tritt auf der Strecke Česká Třebová—Dolní—Příhořad Břom und Přerov—Mähr. Odrau vom 4. auf den 5. November 1938 vorläufig mit dem Fahrplan der Schnellzüge und Eilzüge in vollem Ausmaß mit Ausnahme des Schnellzuges Nr. 159 (Abfahrt von Döberg um 11.19 Uhr) und des Eilzuges Nr. 166 (Abfahrt von Česká Třebová um 8.30 Uhr) in Kraft. Von den Personenzügen werden Zug Nr. 403, ab Přerov um 10.35 Uhr, Nr. 407, ab Mähr. Odrau um 21.47 Uhr, Nr. 404 ab Česká Třebová um 23.48 Uhr, Nr. 408 ab Česká Třebová um 17.24 Uhr, verkehren. Die Beförderung wird in geschlossenen Zügen ohne jedwede Paß-, Devisen- oder Zollkontrolle erfolgen. Das Aus- oder Einsteigen ist bei geschlossenen Zügen auf deutschem Gebiet nicht zulässig. Die Schnell- und Personenzüge werden auf dem Gebiete des fremden Staates nicht halten. Für die Beförderung von Reisenden, Gepäck, Eilgut und Wagn zwischen den tschechoslowakischen Grenzen im Verkehr über das deutsche Gebiet wird die tschechoslowakische Transportordnung mit ergänzenden deutschen Bestimmungen und die tschechoslowakischen Tarife gelten. (Auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik wird ab 5. November der normale Verkehr wieder aufgenommen, die Mobilmachung geltenden Fahrplan eingeführt. Nähere Bestimmungen an den Ausbärgelungen auf allen Eisenbahnstationen, auf welche das Publikum aufmerksam gemacht wird, da einige Abweichungen möglich sind.)

Präsidentenwahl nächste Woche?

Wie die „Lidová Novina“ berichten, glaubt man, daß mit der Festlegung der Grenzen gegen Ungarn der Hauptgrund für das Hinschieben der Präsidentenwahl beseitigt ist. Man nimmt daher an, daß die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten schon nächste Woche einberufen wird. Auch die „Rázdání“ ist hierin rechnend mit dieser Möglichkeit.

1000 Tschechoslowaken nach Mexiko

Mexiko, 2. November. Das Amtsbüro veröffentlicht die nächstjährigen Einwandererquoten. Danach werden Einwanderer aus den amerikanischen Ländern einschließlich Kanada sowie aus Spanien und Portugal in unbefränkter Zahl in Mexiko zugelassen. Je 1000 Einwanderer werden zugelassen aus Deutschland, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Holland, England, Italien, Japan, Norwegen, Schweden und der Schweiz. Die Quoten für die übrigen Länder betragen je 100. Alle Einwanderer müssen erklären, daß sie keine Aflerwartung haben und dauernd in Mexiko leben wollen.

Standrecht im Bezirk Volová. Der Gouverneur von Karpathenland hat im Einverständnis mit dem Präsidenten des Kreisgerichtes und dem Oberprokurator in Kaschau am 1. November über den Bereich des Bezirksamtes in Volová das Standrecht wegen folgender Verbrechen verhängt: Aufruhr, Mord, beabsichtigter Totschlag, Raub und gemeingefährliche Verabfolgung fremden Eigentums, begangen an Wasser- und Eisenbahnbauten sowie an Telegraphen- und Telefonlinien.

Für die Nationalpartei des arbeitenden Volkes. Wie das „Právo Lidu“ meldet, haben Samstag und Sonntag in Westböhmen sechs Bezirkskonferenzen der tschechischen Sozialdemokratie stattgefunden, welche sich alle für die Schaffung der Nationalpartei des arbeitenden Volkes ausgesprochen haben. Die Aktion wird in Westböhmen nicht nur von den bisherigen Parteigängern der tschechischen Sozialdemokratie, sondern auch von Angehörigen anderer Parteien sowie Unorganisierten begrüßt.

„Robotská Novina“ nicht mehr Tagblatt. Wie die „Rázdání“ in Bratislava, das Organ der slowakischen Sozialdemokratie, Dienstag das letzte Mal als Tagblatt erschienen. Das Blatt wird als Wochenblatt weiter erscheinen.

# Tagesneuigkeiten

**Eine Sudeten-Medaille.** Im Reichsgesetzblatt vom 1. November ist eine Verordnung des Reichsfanzlers über die Stiftung einer Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938 veröffentlicht worden. Diese Medaille wird an Personen verliehen, die sich um die Vereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich Verdienste erworben haben.

**Unterrichtsminister Dr. Buxofski** empfing gestern den Direktor des Städtischen Theaters in Weinberg Dr. Jahn sowie den Rektor der Karls-Universität Dr. Funk mit den Dekanen der einzelnen Fakultäten.

**Ein Kriegergrab aus dem Jahre 1866.** Inweil der Landes-Jungarbeiter-Anstalt in Pardubitz wurde ein Skelett gefunden. Nach den aufgefundenen Stoffresten und Knöpfen wurde festgestellt, daß es sich um Überreste eines dort im Jahre 1866 begrabenen preussischen Soldaten handelt.

**Ein neues Briefmarkenland.** Der französische Oberkommissar in Beirut hat die Regierung von Syrien (Alexandrette) zur Herausgabe eigener Briefmarken ermächtigt.

**Ein Vergessener.** In Paris starb im Alter von 91 Jahren George V o u t o n, ein ehemaliger Mechaniker, der gemeinsam mit dem Grafen Dion zu Beginn der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die ersten Benzinstromwagen konstruierte, die die Vorgänger des heutigen Automobils waren. Er gründete die erste Fabrik für Kraftautomobile, die namentlich vor dem Krieg unter der Marke Dion-Boutton bekannt waren.

**Neue japanische Noten für das besetzte Gebiet.** Die japanische Nachrichtenagentur Domei meldet aus Schanghai, daß der japanische Finanzminister nach einer Beratung mit den Kommandanten der japanischen in China kämpfenden Truppen am Montag ein Dekret erlassen hat, wonach Banknoten, die von der Japanischen Bank herausgegeben sind und in den heute von japanischen Truppen besetzten Gebieten Chinas im Umlauf sind, aus dem Verkehr genommen werden und durch neu auszugebene Kriegsbanknoten ersetzt werden. Diese Verordnung bezieht sich aber nicht auf Schanghai.

**Hunde vertragen keine Gasmasken.** Der englische Tierchirurg, dessen Bedeutung und Einfluß bekannt sind, hat sich bereits seit längerer Zeit mit der Frage des Schutzes der Tiere im Kriegsbereich beschäftigt. Insbesondere ist auf seine Veranlassung von der Leitung des Staatlichen Luftschutzes eine besondere Kommission eingesetzt worden, die die Möglichkeiten der Verwendung von Gasmasken für Tiere wissenschaftlich untersucht hat. Das Ergebnis ist, was die verbreitetsten Haustiere betrifft, recht ungünstig. Hunde vertragen Gasmasken überhaupt nicht. Die besonders für Hunde hergestellten Gasmasken können den Tieren nur sehr schwer angelegt werden; die Hunde werden einfach wild, und es mühte eine besondere Dressur mit Gasmasken voranzugehen, wenn im Ernstfall der Schutz überhaupt schnell funktionieren sollte. Aber es gibt nicht einmal die Möglichkeit, die Schutzwirkung der Masken intakt zu erhalten. Die Wirkung der Gasmasken auf Hunde zeigt sich sofort in einer übermäßigen Absonderung der Speicheldrüsen, so daß das gequälte Tier alsbald an seinem Speichel erstickt. Auch bei Katzen kam man zu ganz ähnlichen Ergebnissen, und das Luftschutzbüro hat darum solchen allen Bewohnern empfohlen, im Falle des Alarms Hunde und Katzen in die Luftschutzkeller mitzunehmen. Dagegen sind die Untersuchungen an Pferden, Rindern, Schafen und Schweinen günstig verlaufen. Die Kommission hat mitgeteilt, daß sie in kürzester Frist in der Lage zu sein hofft, besonders hergestellte Masken für diese Ruptiere zur Verfügung zu stellen.

# Die Botschaft an das 70. Jahrhundert

New York. (M.Z.P.) Die Einmauerung der Botschaft an unsere Nachkommen, die erst nach 5000 Jahren, im Jahre 6939 von der Menschheit zur Kenntnis genommen werden soll, ist jetzt auf dem Gelände der Weltausstellung in New York erfolgt. Die Dokumente, die in die aus einer besonderen Legierung angefertigten Behälter verschlossen wurden, sind der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, und sämtliche amerikanische Zeitungen publizieren ihren Inhalt. Es ist auch dafür Sorge getragen worden, daß die Menschen des 70. Jahrhunderts diese Dokumente entschlüsseln können, selbst wenn sie die englische Sprache nicht mehr verstehen, und es ist ein besonderer Schlüssel in Form von leicht verständlichen Hieroglyphen beigelegt worden. Die Dokumente ruhen jetzt 15 Meter tief, luftdicht und wasserfest eingemauert, und darüber befindet sich eine Platte, auf der die Öffnung des Verlieses erst nach fünf Jahrtausenden gestaltet wird.

Von dem Inhalt dieser Botschaft an das 70. Jahrhundert seien hier nur zwei Dokumente im Auszug wiedergegeben. Einstein schreibt folgendes: „Unsere Zeit ist reich an schöpferischen Menschen gewesen. Die Eroberung der Natur und die Kenntnisse der materiellen Welt hätten uns unser Dasein sehr erleichtern können. Wir benutzen die Naturkräfte, um den Menschen allmählich von der schwersten Arbeit zu befreien. Wir können fliegen und miteinander durch Hilfe unsichtbarer Wellen verkehren. Aber die Produktion und die Verteilung der Güter ist schlecht organisiert. Jeder Mensch lebt darum in dauernder Furcht aus dem ökonomischen Prozeß ausgegliedert zu werden. Dagegen sind die Untersuchungen an Pferden, Rindern, Schafen und Schweinen günstig verlaufen. Die Kommission hat mitgeteilt, daß sie in kürzester Frist in der Lage zu sein hofft, besonders hergestellte Masken für diese Ruptiere zur Verfügung zu stellen.“

**Schnell entklossen.** In dem Autobus, der von Glasgow nach London fährt, sahen sich John Duguid aus Glasgow und Miss Eileen Frizells aus Jersey gegenüber. John blühte Eileen unverwandt an, bis sie sich zu einem Lächeln entklossen und bald war die Bekanntschaft geschlossen. Anderwärts dürfte das weniger gefährlich sein als gerade in diesem Autobus, denn er hält in Gretna Green, und außerdem ist er für Touristen eingerichtet, und der Kontrolleur, der den nächsten Aufenthalt in Gretna Green ankündigt, betonte natürlich gebührend die allbekannte Bedeutung des Ortes. John Duguid ärgerte nicht lange. Er fragte, ob Miss Frizells ihn heiraten wollte, sie bejahte, beide stiegen aus und ließen sich vom Schied in Gretna Green trauen. Schaffner und Kontrolleur fungieren als Zeugen, und die übrigen Passagiere wurden zu einem improvisierten Hochzeitsfrühstück eingeladen.

**Fußgänger mit Rückstrahlen.** Eine fürchtbare Botschaft für die Fußgänger, die selbst in Amerika immer noch die Majorität der Bevölkerung bilden, kommt aus dem Staate South Carolina. Dort ist auf den Straßen nach Colombo auf Antrag des ehrenwerten Mr. Wilburn Smith, Mitgliedes der Stadtverwaltung von Colombo, die Regelung eingeführt worden, daß Fußgänger nachts weithin sichtbare Zeichen tragen müssen. Es wird ihnen anheimgestellt, ob sie ein großes weißes Taschentuch schwenken oder eine Zeitung entfalten in den Händen tragen. Jedenfalls lautet die Vorschrift dahin, daß diese Zeichen im Lichte der Scheinwerfer der entgegenkommenden Autos aufleuchten müssen. Mr. Wilburn Smith ging sogar noch weiter und forderte die obligatorische Einführung von Rückstrahlern, die vorne am Rockaufschlag und hinten am ... sagen wir Rocksaum befestigt werden sollten. Das ging aber selbst den Stadtvätern von Colombo doch etwas zu weit.

**Weiteres Anwachsen der Indianerbevölkerung.** Soeben wurden amtliche Zahlen über die Volkszählungsbewegung bei den Indianern in den USA. bekanntgegeben. Zum 31. Juli hatten die USA. eine Bevölkerung von 337.300 Indianern, was einer Zunahme von 24,7 Prozent seit dem Beginn des Jahresberichts entspricht. Allerdings haben die Indianer noch lange nicht die Zahl erreicht, die sie vor der Eroberung Amerikas durch die Weißen hatten. Man schätzt, daß es damals 840.000 Indianer gab.

**Verkehrsnachricht.** Die Direktion der Staatsbahnen in Prag stellt mit dem 3. November d. J. den Verkehr auf der Autobahnstrahlenlinie Neuhäus-Prag ein, da die Schienenverbindung auf der Strecke Regimov-Besel n. Luž.-Neuhäus-Nová Cerešew wiederhergestellt ist.

**Das Wetter.** Ein Ausläufer einer sehr tiefen Störung über dem Nordatlantik brachte am Mittwoch bei uns von Westen her eine erneute Wetterverschlechterung. Außerdem regnete es auch noch im Karpatengebiet infolge eines Tiefdruckes, das über dem Balkan liegt. Die Nachmittagsstemperaturen erreichten in unseren Gebieten durchschnittlich 10 Grad. Eine durchgreifende Abänderung der Gesamtweitterlage ist vorläufig nicht zu erwarten. — Witterungsliches Wetter von heute: Unbeständig, vorwiegend bei wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer, Temperatur unverändert oder nur etwas höher. Wind aus westlichen Richtungen. — Wetterausblick für Freitag: Gesamtcharakter der Witterung noch ohne größere Abänderung.

den zu werden. Außerdem beginnen die Menschen in den verschiedensten Ländern von Zeit zu Zeit immer wieder einander zu töten, und das veranlaßt uns an die Zukunft mit Angst und Schrecken zu denken. Der Grund unserer Leiden besteht darin, daß die Vernunft und der Charakter der menschlichen Rassen unverhältnismäßig niedriger sind als diejenigen der Schöpfer der Werte unserer Epoche.“ Auch Thomas Manns Botschaft ist fast in gleicher Weise pessimistisch: „Die Vorstellung von der Zukunft als einer „besseren Welt“ ist einer der Hauptirrtümer der Lehre vom Fortschritt. Nichtsdestoweniger haben wir Hoffnung, für Euch, unsere fernsten Nachfahren. Auch Ihr werdet uns ähnlich sehen, wie wir den Menschen ähnlich sehen, die vor 5000 Jahren gelebt haben, und auch zu Eurer Zeit wird es der menschliche Geist schwer haben. Aber er hatte es niemals leicht auf dieser Erde, denn sonst würde ja die Menschheit seiner nicht bedürfen. Eine optimistische Vorstellung über eine hellere Zukunft ist ja nur der Ausdruck für das ewige Streben des Menschen, seine eigene Hoffnung zu verwirklichen, einmal ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Brüder der Zukunft, Ihr sollt wissen, daß wir allem zum Trost in dieser Hoffnung und in diesem Streben mit Euch einig sind.“

Man wird im 70. Jahrhundert voraussichtlich keine allzu gute Meinung über das 20. auf Grund dieser Dokumente haben, denn nach 5000 Jahren dürften die Vorgänge, die zu diesem Pessimismus führten, doch schon vergessen sein.

**Begegnung waren.** Gemeinsam nahmen sie auf sich eine bindende Verpflichtung: „Wir werden es aufziehen. Es wird leben. Ein starker Mensch soll es werden.“ Sie wußten nicht, daß große Tränen über ihre Wangen rollten. Er aber glaubte, daß sie die allzu rauhe Zukunft schredete und wie eine frohe Botschaft, die er nicht länger für sich behalten konnte, schrie er es hinaus:

„Feuersteine haben wir gefunden, Eva, eine ganze Grube! Jawohl, am Fuße der Tour Salliere! Auf dem anderen Hang. Alle Werkzeuge werden wir wieder besitzen; das Leben wird wieder erträglich, wieder bequem werden. Dieses Kind wird keinen Leiden ausgefetzt sein, ich schwöre es dir!“

„Feuerstein“... murmelte Herr von Miramar mit zitternder Stimme... „ist es echter Feuerstein?“

In beiden Händen hielt er eine rauhe Probe, die Max entzweigebrochen hatte und im Gangstein konnte er die glatte Struktur des Minerals sehen, über den der Finger leicht glitt. Sie näherten ihn der Fadel, die Ignaz ihm reichte. Und er sah den harten blauen Stein von Lichtreflexen belebt. Ringsum drängten sich die Leute.

„Alles, alles werden wir von nun an haben“, rief er mit jugendlichem Feuer. „Mingeln, Aerte, Rasiermesser, Meißel, Schaber, chirurgische Instrumente... schneiden, sägen, graben, ja sogar adern werden wir können! Einen Pflug aus Feuerstein! Kinder! Kinder!“

Und plötzlich nahm er seine Mühe ab und inbrünstig sprach er:

„Danke dir, du uns ewig Unbesannter, dessen Genie vor vielleicht mehr als fünfzigtausend Jahren ersann, wie man Feuerstein behaut... und der du auf diese Weise die Menschen beines Reichtums rettetest und hiemit auch uns gerettet hast...“

„Es ist so schön, so warm... das Kleingehäuse hinaus“, sagte Innocente.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Wie wird der bisherige Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet ermittelt?

Bekanntlich wurde im Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet bis auf weiteres die bei derzeitige Zollfreiheit eingeführt, die sich allerdings nur auf den Verkehr im bisherigen Umfang erstreckt. Vielfach wurden Zweifel laut, ob es überhaupt möglich sein werde, den bisherigen Warenverkehr zwischen dem jetzt besetzten Gebiet und dem Innern der Tschechoslowakei auch nur einigermaßen verlässlich festzustellen. Hier wird der bisherige statistische Dienst der Eisenbahnen wertvolles Material liefern können. Aus dieser Eisenbahnstatistik über den Warentransport, die auf modernen Grundlagen aufgebaut wurde, kann man nachträglich nicht nur das Gewicht der beförderten Ware, ihre Gattung, die Transportkilometer sowie die Zahl der Sendungen etc., sondern auch den Warenverkehr zwischen den einzelnen Gebieten, bzw. Stationen ermitteln. Auf diese Weise wurde die Transportstatistik der Eisenbahnen eine einzigartige Quelle für die Feststellung des Umfangs des Warenverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und dem besetzten Gebiet. Das Eisenbahnministerium hat Maßnahmen getroffen, um die Statistik für die letzten zwölf Monate auszuführen für den neuen Zweck auszuwerten. Das Material wird allen interessierten staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden.

## Prager Zeitung

Die VII. Mitgliedereinstellung des Vereines Bildender Künstler „Mylbet“ ist im Interesse der Öffentlichkeit weiter verlängert worden. Gleich nach Schluß dieser Ausstellung veranstaltet der Verein „Mylbet“ eine neue Gesamtausstellung der Werke seines Mitgliedes Professor Antonín Růžička, der das 50. Lebensjahr erreicht.

## Mitteilungen der „Urania“

Volkskassenschule. Heute 7 Uhr: Kosmetik (Einführungsvortrag Dr. Eln Popper). — Heute 8 Uhr: Damentanz (Mag. Walbert).

Urania-Kino  
Heute: „Eine von Allen“ (Friedl Czopa).  
Samstag: 2-Kc.-Einheitspreis: „Hauptmann von Köpenick“ (Max Dalbert).  
Ab Freitag: „Gräfin Walewska“ (Greta Garbo), deutsche Version.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 17.—, vierteljährig K 51.—, halbjährig K 102.—, annualität K 204.—. — Inskate werden laut Text billigt berechnet. — Mitgliedschaft von Mannschaften erlaubt nur bei Einblendung der Beitragsmarken. — Die Beitragsmarken wurden von der Post- und Telegrafendirektion mit Erlaub. Nr. 13.800/VII/1938 bewilligt. (Kontrollpostamt Praha 25). — Druckerei „Crbis“, Prus., Verlags- u. Zeitungs-U. G., Praha

# Die neue Sintflut

Roman von Noëlle Roger  
Aus dem Französischen Übersetzt von Irma Rippel

„Wo hat diese Frau das alles her, flüsterte er ihr zu, sie die niemals Mutter war?“

Und beide sahen der Frau zu, die ihr derbes gebräuntes Gesicht über dieses kostbare, neue Wesen neigte, das sie in ihren breiten Händen hielt und auf den Anien wiegte. Wie sie so dasah, in ihren zottigen, um ihre nackten Beine hängenden Fellen, mit ihren grauen, im Nacken baumelnden Zöpfen, und sich mit gespannter Aufmerksamkeit über das Kind neigte, trug ihr ganzes eigenartiges Wesen den Stempel tiefer Leidenschaftlichkeit. Sie schien gewachsen und wie von einem hohen Mysterium umgeben.

Hubert und Eva blieben still. Sie sahen Innocente die Lippen bewegen, hörten sie Worte murmeln, vernahmen den Klang ihrer Stimme: so weich war sie, daß jede Silbe wie eine dem Neugeborenen zugeordnete Liebeslösung klang.

„Was sagt sie?“ flüsterte Eva.

„Hör!“

Mit geneigtem Kopf, die Lippen ganz am staubbedeckten Köpfchen, wiederholte Innocente immer wieder mit ekstatischer Innigkeit ihre zärtliche Weise:

„Du Kind aus dem Susanketale... Du wirst es kennen... du wirst es lieben, unser Susanketale... Hier in unserem Tale werden deine kleinen Füße gehen lernen...“

Und Hubert dachte bei sich, daß sie von ihrem Heimatdorte Illiz sicher niemals mit solcher Inbrunst gesprochen hatte.

Am nächsten Tage hörte man jauchzendes

Jodeln von einem Fels zum andern und durch das ganze Tal schallen; Ignaz kündete seine Heimkehr an.

„Sie kommen!“ rief Hubert. Von weitem hört man sie schon.

Eva lag auf ihrem Fellager und bat Innocente, ihr das Kind an die Seite zu legen und die Tür weit zu öffnen, denn sie wollte die Stimmen hören. Die Nase näherten sich. Schon konnte man die Namen unterscheiden. So riefen sie sie immer hinaus, wenn sie von einer weiten Wanderung wiederkehrten. Sobald sie den Fuß hinter sich hatten, grüßten sie auf diese Weise ihre Lieben, lockten sie heran, belebten das ganze Tal mit ihrer Gegenwart.

„Eva!... Yvonne!... Hubert... Genevieve!... Adeline!... Innocente!... Hol Innocente!“

„Sie kommen froh zurück, sagte Eva, sie haben Feuersteine gefunden!“

Sie sah die Alten vorübergehen, dann kam Frau Andelot mit den anderen Frauen. Paul sprang voraus.

Auf der Türschwelle stand Hubert, den Blick starr auf die fernsten Felsen gerichtet, welche die versinkenden Flammen der Abenddämmerung einzufangen schienen.

„Ich sehe sie“, sagte er. „Max ist allen voran... Ihre Säde sind vollgestopft... Ignaz geht ganz gebeugt.“

„Hubert“, bat Eva, „zünde die Fadeln an! Es ist nicht hell genug hier.“

Als Max atemlos in die Hütte trat, warf er sich neben dem Lager auf die Erde, um seine Frau und seinen Sohn besser zu sehen. Sie lauschte auf ein Wort von ihm. Allein er schwieg; er war zu benommen. Sie küßte seine Lippen an ihrer Stirn und sie lächelte ihm wortlos zu. Sie wußte, daß er das Kind bewunderte, daß er es schön und schwer fand, als er es mit behutsamer Gebärde auf den Arm nahm.

Und sie erriet, daß ihre Gedanken einander

begegnung waren. Gemeinsam nahmen sie auf sich eine bindende Verpflichtung: „Wir werden es aufziehen. Es wird leben. Ein starker Mensch soll es werden.“ Sie wußten nicht, daß große Tränen über ihre Wangen rollten. Er aber glaubte, daß sie die allzu rauhe Zukunft schredete und wie eine frohe Botschaft, die er nicht länger für sich behalten konnte, schrie er es hinaus:

„Feuersteine haben wir gefunden, Eva, eine ganze Grube! Jawohl, am Fuße der Tour Salliere! Auf dem anderen Hang. Alle Werkzeuge werden wir wieder besitzen; das Leben wird wieder erträglich, wieder bequem werden. Dieses Kind wird keinen Leiden ausgefetzt sein, ich schwöre es dir!“

„Feuerstein“... murmelte Herr von Miramar mit zitternder Stimme... „ist es echter Feuerstein?“

In beiden Händen hielt er eine rauhe Probe, die Max entzweigebrochen hatte und im Gangstein konnte er die glatte Struktur des Minerals sehen, über den der Finger leicht glitt. Sie näherten ihn der Fadel, die Ignaz ihm reichte. Und er sah den harten blauen Stein von Lichtreflexen belebt. Ringsum drängten sich die Leute.

„Alles, alles werden wir von nun an haben“, rief er mit jugendlichem Feuer. „Mingeln, Aerte, Rasiermesser, Meißel, Schaber, chirurgische Instrumente... schneiden, sägen, graben, ja sogar adern werden wir können! Einen Pflug aus Feuerstein! Kinder! Kinder!“

Und plötzlich nahm er seine Mühe ab und inbrünstig sprach er:

„Danke dir, du uns ewig Unbesannter, dessen Genie vor vielleicht mehr als fünfzigtausend Jahren ersann, wie man Feuerstein behaut... und der du auf diese Weise die Menschen beines Reichtums rettetest und hiemit auch uns gerettet hast...“

„Es ist so schön, so warm... das Kleingehäuse hinaus“, sagte Innocente.

„Es ist so schön, so warm... das Kleingehäuse hinaus“, sagte Innocente.

„Es ist so schön, so warm... das Kleingehäuse hinaus“, sagte Innocente.

„Es ist so schön, so warm... das Kleingehäuse hinaus“, sagte Innocente.